

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

28.12.1931 (No. 301)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 903
und 904
Vollredaktion:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Verleger:
G. A. Menck,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Sonntags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Beratung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsleiter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten

Nach den Feiertagen

Kurzer Erholungsurlaub des Reichskanzlers — Die „Halloren“ beim Reichspräsidenten

W.B. Berlin, 28. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist Reichskanzler Dr. Brüning gestern von Berlin abgereist, um die Tage zwischen den Feiertagen zu einem kurzen Erholungsurlaub auszunutzen. Er wird voraussichtlich am Montag oder Dienstag nächster Woche wieder in Berlin sein. Ebenso sind auch die Minister Dietrich und Gröner von Berlin abwesend, so daß die Führung der Regierungsgeschäfte augenblicklich beim Reichsjustizminister Dr. Schägel als dem dienstältesten des Reichskabinetts liegt. Er wird den Reichskanzler auch bei den Neujahrsempfängen beim Reichspräsidenten vertreten, die auch in diesem Jahre in der üblichen Weise vor sich gehen. Neu ist dabei allerdings, daß vormittags 11 Uhr vor den üblichen Gratulanten eine Abordnung der „Halloren“, der Salzfelsen Salzbearbeiter, vom Reichspräsidenten empfangen wird. Sie erschienen früher regelmäßig in ihrer altertümlichen Tracht zur Neujahrsgaudi beim Kaiser und haben jetzt darum gebeten, den alten Brauch beim Reichspräsidenten wieder aufnehmen zu können.

Aus der Abwesenheit des Reichskanzlers, des Vizekanzlers und Reichsfinanzministers sowie des Reichswehr- und Reichsinnenministers ergibt sich von selbst, daß das Kabinett in den nächsten Tagen wichtige politische Dinge nicht behandeln wird. Wichtig ist dagegen die Wiederaufnahme der Berliner Stillhalteverhandlungen, die heute fortgeführt werden und nach der bekannten Ankündigung des Kanzlers kurz vor den Feiertagen noch etwa vierzehn Tage in Anspruch nehmen dürften.

Die Reparationskonferenz

Nimmt Amerika teil?

W.B. Paris, 28. Dez. (Tel.) Wie der „New York Herald“ aus Washington berichtet, glaubt man, daß die Entscheidung der Beteiligung Amerikas an der Reparationskonferenz über die Schulden- und der Reparationsfrage von der Festlegung der Einladungen abhängen werde, die an die U.S.A. gerichtet würde. Es habe sich eine Opposition gegen die Beteiligung der U.S.A. geltend gemacht.

Im Zusammenhang mit der Ankündigung des Staatsdepartements, von einer Teilnahme an der Reparationskonferenz abzusehen, erzählt „Herald Tribune“ aus offiziellen Kreisen, die Regierung sei der Ansicht, daß Europa vor allem zwei Aufgaben lösen müsse. Die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Aufstellung eines Programms zur wirtschaftlichen Erholung Europas. Würde ein solches Stabilisierungsprogramm zustande kommen, so sei die Regierung geneigt, die Kriegsschuldenfrage in Erwägung zu ziehen. Dabei werde jedoch die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder und individuell berücksichtigt. Keinesfalls beabsichtigt die Regierung irgendwie die Folgen einer Einstellung der Reparationszahlungen auf sich zu nehmen.

London für Dauerlösung

W.B. London, 28. Dez. (Tel.) „Financial News“ schreibt zum Baseler Gutachten: Man braucht nicht von vornherein anzunehmen, daß Frankreich zu einer vernünftigen Auffassung unfähig sein wird. Wenn es jedoch nicht zu wirklich erleichternden Maßnahmen bereit ist, dann wird es notwendig sein, der französischen Politik offen Widerstand entgegenzusetzen und Deutschlands Partei zu ergreifen. Das Blatt nimmt Anstoß daran, daß der Bericht infolge der Haltung des französischen Delegierten wiederholt von dem „vorübergehenden“ Charakter der deutschen Schwierigkeiten spreche und nicht deutlich genug hervorhebe, daß diese vorübergehenden Schwierigkeiten vor einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage nicht aufhören würden. Die Gith sei über den Bericht nicht begeistert, weil er auf die Neigung hindeutet, irgendein unbefriedigendes Kompromiß zu erzielen, das dem System der Unsicherheit kein Ende machen würde.

Reparationsvorbesprechungen

Macdonald-Laval?

W.B. Paris, 28. Dez. (Tel.) Savas will erfahren haben, daß der englische Premierminister Macdonald den französischen Ministerpräsidenten Laval eingeladen habe, demnächst mit ihm zusammenzukommen, um vor der Regierungskonferenz, die in der zweiten Januhälfte im Haag zusammentreten solle, eine Verständigung über ihre Politik in der Reparationsfrage herbeizuführen.

Japan und die Mandchurei

W.B. Tokio, 28. Dez. (Tel.) Ministerpräsident Inukai erklärte Pressevertretern, Japan würde die Mandchurei nicht einmal annehmen, wenn sie ihm geschenkt würde. Die Verteidigung der ausgedehnten Grenzen der Mandchurei würde viel Geld kosten. Japan wolle nur die ihm vertragsmäßig zustehenden Rechte wahren.

Wie Reuters von zuständiger Seite erfährt, wird demnächst eine Erklärung veröffentlicht werden, in der die „Politik der offenen Tür“ in der Mandchurei erneut bestätigt werden soll.

Eine Enzyklika des Papstes. Zum Abschluß der 15-Jahrhundertfeier des Konzils von Ephesus hat Papst Pius XI. eine Enzyklika erlassen, deren Hauptthema die oberste und unerschütterliche Autorität des Papstes ist.

Aus dem Baseler Bericht

Weiteres aus dem Vorklaut

Der jetzt hier vollständig vorliegende Bericht der Baseler Sachverständigen, von dessen vier Kapiteln wir bereits das Wesentlichste veröffentlicht haben, enthält u. a. noch folgende beachtliche Feststellungen:

So wird im I. Kapitel

zur gegenwärtigen Lage

3. B. im Vorklaut ausgeführt:

„Jedes Land ist durch diese Krise erschüttert worden, aber in Deutschland wie auch in einigen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas waren ihre Wirkungen verheerend. Die ungeheuren Abzüge von Auslandskrediten führten zur Kahmlegung des deutschen Banksystems und spannten die Reserve- und Kreditlage der Reichsbank auf das äußerste an. Um die Währung zu schützen, war es notwendig, einschneidende Devisenkontrollmaßnahmen zu treffen, welche die bereits bestehende enge Einfuhrbeschränkung der Wirtschaftstätigkeit verschärften. Den Höhepunkt des auf der ganzen deutschen Wirtschaft lastenden Drucks bildete die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, deren Maßnahmen in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel sind.“

Zur deutschen Handelsbilanz wird im gleichen Kapitel hervorgehoben: „Der in letzter Zeit erzielte hohe Ausfuhrüberschuss ist teilweise das Ergebnis gewisser abnormer Faktoren, und es ist zweifelhaft, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin einen Überschuss in der bisherigen Höhe zulassen werden. Die Ausfuhr wurde aufrechterhalten, teilweise, weil die Produzenten durch den Bedarf an Baumitteln gezwungen waren, ihre Lager oft sogar mit Verlust zu räumen, während einige außergewöhnliche Verkäufe nach Großbritannien im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen getätigt worden sind. Die Einfuhr ist vermindert worden, weil Erwerbslosigkeit, niedrigere Löhne und hohe Steuern die Konsumkraft des Landes und damit die Nachfrage nach der Einfuhr von Konsumgütern verringert haben.“

über die Deckung der Reichsbank

folgt der Bericht, diese habe am 15. Dezember nur noch 1161 Millionen Reichsmark betragen. Hieron seien 630 Millionen Reichsmark auf die kurzfristig gewährten Reichskontokredite der RBB, der Reichsbanken und einer amerikanischen Bankengruppe anzurechnen. Der Bericht fährt dann fort: „Die prozentuale Deckung des Notenumschlages fiel so auf 25,6 Prozent oder, wenn man die 630 Millionen Reichsmark ausschließt, auf 11,7 Prozent. Der Notenumschlag selbst beträgt ungefähr 4,6 Milliarden Reichsmark gegenüber einem Betrag von 4,3 Milliarden Reichsmark vor einem Jahr.“

Bei der Erläuterung des deutschen Haushalts wird u. a. festgestellt: „Die Ausgaben des Reiches enthalten einen Posten für Reparationen, der von 1,5 Milliarden Reichsmark im Jahre 1926/27 auf 1,8 Milliarden Reichsmark im Jahre 1930/31 stieg, d. h. um etwa 20 Prozent der gesamten Staatseinnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden.“ Ferner wird gesagt: „Das Ausgaben des Reiches sanken — abgesehen von dem Schuldendienst, den Überweisungen an die Länder, den äußeren Kriegskosten und der Erwerbslosenunterstützung — von 1929 bis 1932 von 4780 Millionen Reichsmark auf 3720 Millionen Reichsmark, d. h. um 1060 Millionen Reichsmark oder um 22 Prozent.“

Das II. Kapitel, das die

„Umstände und Verhältnisse, die zur gegenwärtigen Lage geführt haben,

schildert, geht zunächst auf den Verlauf der Krise ein. Die Sachverständigen erklären, sie könnten nicht alle Ursachen der tiefen Verunsicherung des Wirtschaftslebens der Welt untersuchen; aber einzelne dieser Erscheinungen seien eng mit dem Problem verknüpft, mit dem sie sich unmittelbar bei beschäftigten hätten. Auf eine dieser Ursachen habe der Bankenausschuß, der im August in Basel tagte, mit der Feststellung hingewiesen, daß die Welt in den vergangenen Jahren versucht habe, zwei verschiedene sich widersprechende Prinzipien zu verfolgen, indem sie die Entwicklung eines internationalen finanziellen Systems suchte, welches die jährliche Zahlung großer Summen von Schuldner- an Gläubigerländer mit sich bringe, demgegenüber aber gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg lege, und daß die Lage Deutschlands die eindrucksvollste Illustration für dieses Dilemma bilde.

Es heißt dann wörtlich: „Solange die zu leistenden Zahlungen durch Anleihen an das Schuldnerland ausgeglichen wurden, trat dieses Dilemma nicht in Erscheinung. Sobald jedoch solche Kapitalbewegungen aufhörten, wie es im Herbst 1929 der Fall war, zeigte sich, daß die Zahlungen letzten Endes nur in Gestalt von Waren geleistet werden können, wie es der Dawes-Ausschuß klar ausgesprochen hat. Der Übergang von einer Periode übermäßiger Ausdehnung von Auslandskrediten durch gewisse Gläubigerländer zum plötzlichen Aufhören einer derartigen Kreditgewährung, bildet einen der Hauptgegenstände zwischen der Zeit von 1924 bis 1929 und 1930 bis 1931 und ist eines der wesentlichsten Merkmale der Kreditlage der letzten Zeit gewesen.“

Das Kapitel schließt mit der Bemerkung, daß es überflüssig wäre, „wollte man sich unterfragen, für Deutschland als auch für die anderen Länder den genauen Zeitpunkt vorauszusagen, an dem diese außergewöhnliche und unheilvolle Krise, durch die wir jetzt hindurchgehen, aufhören wird.“

Das III. Kapitel, das

„die von Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffenen Sondermaßnahmen“

behandelt, erwähnt als solche Maßnahmen u. a. Erhöhung der direkten Steuern durch zweimalige Heraushebung der Einkommensteuer, und der indirekten Steuern durch Einführung weiterer starker Abgaben auf Bier und Tabak, sowie Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,55 Prozent auf 2 Prozent; Herabsetzungen der Gehälter aller öffentlichen Beamten und Angestellten in den letzten 18 Monaten um mehr als 20 Prozent; Anwendung ähnlicher Maßnahmen auf die Staatsräte der Länder und Gemeinden; Erhöhung der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung unter gleichzeitiger Herabsetzung der Leistungen und Unterstützungssätze; Senkung der Preise und Löhne, der Mieten und der Zinssätze; Notverordnungen auf kreditpolitischem Gebiet; Zentralisierung der Devisengeschäfte bei der Reichsbank; Maßnahmen, die praktisch auf ein Moratorium für landwirtschaftliche Schulden hinauslaufen.

Dr. Brüning und Dietrich zum Baseler Bericht

Vor Vertretern der Presse hob Reichskanzler Dr. Brüning besonders zwei Punkte hervor. Das ist erstens die Schärfe der Präzisierung, die einen Rückschritt gegenüber dem Wigan-Bericht darstellt. Das war zu erwarten, weil er beim Baseler Bericht um ein juristisches Instrument des Young-Plans handelt. In Abschnitt 4 wird der ursprünglich im Young-Plan vorgesehene Rahmen gebremst. Von französischer Seite ist versucht worden, die gegenwärtige Krise als vorübergehend hinzustellen, auf die wieder eine normale Prosperität folgen werde. Die enge Beengung, die in der Konstruktion des Sonderauschlusses liegt und die dem Bericht verschiedentlich anzumerken ist, wird zweifellos in den Ländern, in denen man sich über die Zusammenhänge der großen Krisen in irgendeiner Weise klar geworden ist, eine starke Enttäuschung hervorrufen.

Zunehmend könne man von deutscher Seite auch mit Genehmigung feststellen — und das ist der zweite Hauptgesichtspunkt —, daß es in diesem Bericht gelungen ist, das beste zu schieben, was sich aus den Berichten Parler Gilberts als Weltmeinung über Deutschland herausgebildet hat. Über die weitere Entwicklung führte der Kanzler dann aus, daß nach dem mit dem Bericht erreichten Abschluß der ersten Etappe nun die Regelung des Stillhalteproblems die zweite Phase darstelle. Die Stillhalteverhandlungen werden voraussichtlich noch etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen. Sie sind auch in dem größeren Rahmen von ganz besonderer Bedeutung, denn hier sind nicht die engen Grenzen von Basel vorhanden, sondern hier betrachtet den Bankiers die Gesamtlaage, die die Basis ihrer Vereinbarungen bildet.

Zusammenfassend stellte der Kanzler fest, daß wir angesichts dessen, was man erwarten dürfte, mit dem Ergebnis von Basel zufrieden sein können.

Reichsfinanzminister Dietrich unterstrich mit allem Nachdruck, daß der Baseler Ausschluß festgestellt habe, daß eine unvorhergesehene Krise eingetreten sei, deren Ausmaß weit über das vom Young-Plan ins Auge gefaßte „verhältnismäßig kurze Depressions“ geht.

Die Voraussetzungen der deutschen Zahlungen, die der Young-Plan von der wirtschaftlichen Seite her ausdrücklich unterstrich, sind in entscheidenden Punkten von den Staaten, mit denen Deutschland Handel treibt, dadurch beseitigt worden, daß sie in ihrer Handelspolitik das Gegenteil von dem tun, was sie füngemäß nach dem Plan hätten tun müssen. Statt Deutschland die Zahlungen durch Zollserhöhungen, Kontingente und Einfuhrsperrn unmöglich gemacht. Diese ganze wirtschaftliche Entwicklung hat einen Zustand herbeigeführt, der Maßnahmen notwendig macht, die nicht innerhalb der Möglichkeiten des Young-Planes stehen und die nur von den Regierungen ergriffen werden können. Der Sachverständigenbericht selbst unterstreicht die Dringlichkeit solcher Maßnahmen.

Schließlich wies der Minister noch einmal darauf hin, mit welcher Energie gerade in den letzten beiden Jahren daran gearbeitet worden ist, überall in Deutschland Inflare und übersteigerte Finanzverhältnisse zu beseitigen und wieder zu peinlichster Sparsamkeit zu kommen.

Französische Stimmen

„Echo de Paris“ schreibt, der Baseler Ausschluß habe festgestellt, daß das industrielle Rüstzeug Deutschlands voll ausgenutzt werden könne, wenn die Weltkrise vorüber sei, weshalb man, wie das Blatt sagt, die Deutschland zu bewilligenden Erleichterungen zeitlich begrenzen müsse.

Der „Temps“ meint: Die augenblickliche Krise sei nur vorübergehend. Das habe der Sachverständigenbericht ziemlich klar hervor. Wenn der Bericht auch nicht ausdrücklich die ernsten, von Deutschland begangenen Fehler verzeigte, so sei es deshalb doch nicht weniger wahr, daß die Verantwortlichkeit der Regierenden in Deutschland mit aller Deutlichkeit aus gewissen Ziffern herauszulese sei.

„Journal des Débats“ ist besonders unzufrieden mit dem Verhalten der Amerikaner. Wenn die Engländer nur ein klein wenig klaren Blick hätten, würden sie ihren Irrtum einsehen und sich von nun an mit Frankreich vereinigen.

„Journal“ erklärt, der Baseler Bericht gehe zwar nicht so weit, anzuerkennen, daß die Reparationen die Wurzel des ganzen Übels seien, aber er gebe doch zu, daß die Krise alle Voraussetzungen der Autoren des Young-Planes übertreffe. Das führe zu einem unbestimmten und unbegrenzten Zahlungsausschub, und diese Tatsache mißfalle den Deutschen gewiß nicht.

